

häufiger stellen sich die Studenten auf die Seite der Leidtragenden der *pembangunan*-Politik. Sie werden zu Anwälten von Arbeitern, Bauern, fliegenden Händlern und von ihrem Land Vertriebenen. Dabei verlieren Sie mehr und mehr ihre Angst vor Verfolgung und Verhaftung. Es gilt mittlerweile unter Studierenden als Auszeichnung von Sicherheitskräften verhaftet und verhört zu werden. Die Studentengruppen machen sich zudem solche Verhaftungen zu Nutze, um ihrem jeweiligen Anliegen größer Publizität im In- und Ausland zu verschaffen. Hinzu kommen noch verschiedene unabhängige gewerkschaftliche Vereinigungen.

Neue Parteien

Während diese Gruppen recht klar zu identifizieren sind, gibt es auch bei den anderen politischen Akteuren und Parteien Unterstützer und Sympathisanten der Demokratiebewegung. Nur selten profilieren sie sich aber so deutlich wie der ehemalige Abgeordnete der islamischen PPP Sri Bintang Pamungkas, der

erst vor wenigen Wochen wegen angeblicher Präsidentenbeleidigung bei einem Vortrag an der Freien Universität Berlin im April 1995 zu 34 Monaten Haft verurteilt wurde. Dieser hat Ende Mai in Jakarta eine neue Partei PUDI (Partai Uni Demokrasi Indonesia – Demokratische Unionspartei Indonesiens) gegründet.² Mit dieser Parteigründung verstößt Sri Bintang gegen geltendes Recht, das neben der Staatspartei GOLKAR nur zwei weitere Parteien, die islamische PPP und die PDI, vorsieht. Sri Bintang hat folgerichtig den Gründungsauftrag seiner Partei mit der Forderung verbunden, dieses Parteiengesetz aus dem Jahr 1984 abzuschaffen oder so zu ändern, daß es eine freie Parteienbildung zuläßt. Es bleibt abzuwarten, wie die Behörden auf diese Herausforderung reagieren.

Die PUDI ist damit einen Schritt weiter gegangen als die anderen Organisationen, die von Mitgliedern der alten Parteien gebildet wurden, die von der Neuen Ordnung im Zuge der "Vereinfachung des Parteiensystems" nach 1971 aufgelöst wurden. In den letzten Monaten des Jahres 1995 wurde sowohl die Masyumi

Baru als Nachfolgerin der Masyumi gegründet, die als Sammelbecken eines modernistischen Islam bereits 1960 von Sukarno verboten, vom Suharto Regime aber nicht wieder zugelassen wurde. Daneben haben sich ehemalige Mitglieder der protestantischen Partei Parkindo sowie der alten Sukarno-Partei PNI neu formiert. Beide Nachfolgeorganisationen firmieren unter der alten Abkürzung, geben ihr allerdings eine neue Bedeutung, um nicht als Parteigründung mit geltendem Gesetz in Konflikt zu kommen.³ Diese Aktivitäten zeigen wachsende Unzufriedenheit auch im politischen Establishment, das immer weniger bereit ist, sich an die von der Neuen Ordnung vorgegebenen politischen Regeln zu halten.

Die Presse

Eine wichtige Rolle in diesem Wahlkampf spielen die Massenmedien. Das Verbot der drei führenden Wochenmagazine TEMPO, EDITOR und DeTik im Sommer 1994 hat nicht zur der von der Regierung gewünschten Einschüchterung der Journalisten und Verleger geführt. Zum ersten Mal in der Neuen Ordnung hat nämlich eine von einem Verbot betroffene Zeitung den Rechtsweg beschritten. TEMPO und sein ehemaliger Chefredakteur Goenawan Mohamad klagten vor dem Verwaltungsgericht in Jakarta und haben bisher in zwei Instanz Recht erhalten. Das Oberste Gericht muß nun entscheiden, ob der seinerzeitige Entzug der Presselizenz durch den Informationsminister Harmoko rechtens war. In der Zwischenzeit haben Teile der ehemaligen TEMPO-Redaktion juristischen und publizistisches Neuland betreten, indem sie eine wöchentliche Ausgabe des Nachrichtenmagazins auf einer eigenen *homepage* im Internet anbieten.

Aber auch andere Printmedien räumen den Aktivitäten der Opposition und insbesondere der der Studenten einen größeren Raum ein. Spätestens seit dem weiten Presseecho auf das Massaker von Santa Cruz (Osttimor) im November 1991 nehmen sich Journalisten größere Freiheiten und gehen dabei das Risiko von Zeitungsverbot, Verhaftung und Folter ein. Immer häufiger werden Landvertreibungen, Arbeiterunruhen und Menschenrechtsverletzung gemeldet und in der Berichterstattung verfolgt. Darüber hinaus gilt das journalistische Interesse der Bereicherung der Präsidentenkinder, der massiven Korruption, sowie der Vettern- und Günstlingswirtschaft. Jüngstes Beispiel sind die Absprachen zwischen Richtern und Verteidigern in Prozessen vor dem Obersten Gericht. In früheren Jahren waren solche Vorgänge zwar offene Geheimnisse gewesen, doch durch die ausführliche Presse-Berichterstattung

Presseerklärung Nr. 2 vom 23.4.1996 der Unabhängigen Wahlbeobachtungskommission (KIPP) zum Brand im Gebäude der Rechtshilfeorganisation LBH in Medan

Seit seiner Einrichtung am 15. März 1996 hat es unterschiedliche Reaktionen auf die Unabhängige Wahlbeobachtungskommission (KIPP) gegeben. Sie hat sowohl Unterstützung als auch Ablehnung erfahren. All dies muß als angemessene Reaktionen im Lernprozess der Demokratisierung akzeptiert werden. Sehr bedauerlich hingegen sind die Gewaltanwendungen, mit denen auf die Existenz der KIPP reagiert wird. Es gibt verschiedene Beispiele: die Festnahme von KIPP-Aktivisten in Lampung, die Auflösung von Diskussionsveranstaltungen in Surabaya, die Verhinderung der Gründungsversammlungen in Bogor und Solo, die Angriffe auf Häuser von KIPP-Aktivisten in Bandung und der bisher bedenklichste Vorgang – der Brandanschlag auf das Büro des Rechtshilfeinstituts in Medan. Aus diesem Grund erklären wir:

Die KIPP lehnt alle kriminellen Akte und Versuche der Einflußnahme von unbekannter Seite gegenüber den Bemühungen zur Wahlbeobachtung ab. Gewalt und kriminelle Handlungen sind kein geeigneter Weg, um Meinungsverschiedenheiten auszutragen. KIPP ist eine friedliche Initiative mit dem Ziel, die Qualität der Wahl und die Bereitschaft der Bürger zu erhöhen, sich am politischen Prozess zu beteiligen.

KIPP beobachtet systematische Bemühungen, ihre eigenen Aktivisten zu diskreditieren, indem diese mit bestimmten Organisationen in Verbindung gebracht werden. Dieses Standardmuster – jemandem mit einem bestimmten "politischen Stigma" zu versehen – zielt offensichtlich nicht nur darauf ab, die Glaubwürdigkeit von KIPP zu untergraben, sondern auch um eine böse Erscheinung (*hantu*) zu pflegen, die kein Ende nehmen will. KIPP betrachtet

die Gründung von BIP-KIPP* und anderer Gruppen als eine normale Angelegenheit. Die Gesellschaft soll sich selbst ein Bild über die Beweggründe und die Ziele dieser Einrichtungen machen und sie dann bewerten. KIPP ist bereit, mit verschiedenen Institutionen zusammenzuarbeiten, vorausgesetzt diese sind unabhängig und nicht kriminell.

KIPP wird auch weiterhin unterstützt. Bereits in dreißig Regionen sind KIPP gegründet worden, und in anderen befinden sich KIPP im Gründungsprozess: Banda Aceh, Medan, Padang, Pekanbaru, Jambi, Palembang, Lampung, Jakarta, Cianjur, Bandung, Semarang, Batang, Salatiga, Pematang, Pekalongan, Purwokerto, Wonosobo, Solo, Yogyakarta, Cilacap, Jember, Jombang, Malang, Surabaya, Ujung Pandang, Palu, Manado, Denpasar und Samarinda. Überall haben sich in den KIPP-Sekretariaten Freiwillige gemeldet und in Listen eintragen lassen.

Wir rufen alle KIPP-Aktivisten und Freiwilligen dazu auf, sich von keiner wie auch immer gearteten Provokation oder kriminellen Handlung hinreißen zu lassen. Verhalten Sie sich ruhig und gemäßigt und verfolgen Sie die Aktivitäten wie geplant. In absehbarer Zeit werden wir eine Beobachtung der Wählerregistrierung durchführen.

Goenawan Mohamad
Vorsitzender des Präsidiums

Übersetzung aus dem Englischen von Klaus Schreiner.

*In den vergangenen Monaten haben Gegner von KIPP, meist aus etablierten politischen Organisationen wie GOLKAR u.ä. stammend, Gegenorganisationen gegründet, die mit ihrer Namensgebung auf das KIPP Bezug nehmen.